G r ü n d e :

Die Antragstellerin beantragt eine einstweilige Anordnung des Gerichts,

ihr am 18. August 2025 Zugang zur Gedenkstätte Buchenwald, mit einer Kufiya bekleidet, zu gewähren.

Sie trägt vor, ihr gegenüber sei am 6. April 2025 durch die Antragsgegnerin ein Hausverbot ausgesprochen worden, weil sie auf dem Gelände der Gedenkstätte eine Kufiya getragen habe. Nunmehr beabsichtige sie, am 18. August 2025 aus Anlass des Gedenkens an die Ermordung Ernst Thälmanns erneut die Gedenkstätte zu besuchen und dabei eine Kufiya zu tragen. Sie rechne erneut mit einem Hausverbot.

Nach § 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO kann das Gericht zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis eine einstweilige Anordnung treffen, wenn die Regelung nötig erscheint, um wesentliche Nachteile abzuwenden. Der Anordnungsgrund, also die Eilbedürftigkeit der begehrten Anordnung, und der Anordnungsanspruch sind glaubhaft zu machen (§§ 123 Abs. 3 VwGO, 920 Abs. 2 ZPO).

Der Antragstellerin ist die Glaubhaftmachung eines Anordnungsanspruchs nicht gelungen. Vielmehr stellt sich ein etwaiges Hausverbot beim Tragen einer Kufiya als rechtmäßig dar.

1. Grundsätzlich gilt, dass der Antragsgegnerin als Körperschaft des öffentlichen Rechts auf dem Gelände der Stiftung ein öffentlich-rechtliches Hausrecht zusteht (st. Rspr. der Kammer, zuletzt Beschluss vom 29.08.2023, 8 E 1294/23 We, ebenso die st. Rspr. der 6. Kammer des Gerichts z. B. im Beschluss vom 15.08.2019, 6 E 1106/19 We). Dieses Hausrecht umfasst die Befugnis, verhältnismäßige Ordnungsmaßnahmen zu treffen, um die Verwirklichung des Stiftungszwecks zu gewährleisten, Störungen des Stiftungsbetriebs abzuwenden und dabei insbesondere auch über den Aufenthalt von Personen auf dem Gelände und in den Räumen der Stiftung zu bestimmen. Dieses Recht bedarf keiner ausdrücklichen gesetzlichen Konkretisierung, sondern folgt als notwendiger Annex zur Sachkompetenz aus der Verantwortung der Körperschaft für die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben, hier der Verwirklichung des Stiftungszwecks gemäß § 2 Thüringer Gesetz über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Ein solches öffentlich-rechtliches Hausrecht stellt eine geeignete Rechtsgrundlage für etwaige Eingriffe in die Rechte der von den Ordnungsmaßnahmen betroffenen Personen dar (st. Rspr. des Gerichts, zum Beispiel Beschluss vom 23.09.2011, 8 K 216/11 We; ebenso nachfolgend OVG Weimar,

Beschluss vom 14.08.2012, 2 ZO 646/11). Dieses Hausrecht kann auch in abstrakt-genereller Weise durch eine Hausordnung konkretisiert werden.

Die Antragsgegnerin kann Verstöße gegen die Hausordnung durch Hausverbote unterbinden. Das Hausverbot ist ein Verwaltungsakt, zu dessen Erlass eine Behörde aufgrund ihres Hausrechts befugt ist. Voraussetzung für die Erteilung eines Hausverbots ist in jedem Fall eine Störung des Dienstbetriebes – zum Beispiel durch den Verstoß gegen eine zulässige Hausordnung. Einerseits kann ein Hausverbot auf eine unmittelbar sich ereignende Störung hin erfolgen und enthält dann zur Beendigung der Störung die Anordnung, den räumlichen Bereich einer Behörde unverzüglich zu verlassen. Andererseits kann das Hausverbot auch einen präventiven Charakter haben und darauf abzielen, zukünftige Störungen des Betriebsablaufs in der Behörde zu vermeiden, indem ein Betretungsverbot für eine bestimmte Zeit angeordnet wird. In jedem Fall muss die Entscheidung willkürfrei sein und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

2. Die durch die Antragsgegnerin erlassene Hausordnung begegnet sowohl in formeller als auch materieller Hinsicht keinen Bedenken. Sie findet in dem Hausrecht der Antragsgegnerin eine ausreichende Rechtsgrundlage. Die von dem Antragsteller zitierte anderweitige Auffassung der 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Weimar wird nicht geteilt.

Zulässig ist auch, dass die Antragsgegnerin diese Hausordnung durch eine interne Handreichung – hier durch die Übersicht „Problematische Marken, Codes, Symbole und Zeichen rechtsradikaler und antisemitischer Gruppierungen“ – konkretisiert und damit Symbole und Zeichen im Einzelnen benennt, deren Verwendung dem Stiftungszweck widersprechen. § 2 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Gesetz über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bestimmt als Zweck der Stiftung, die Gedenkstätten als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren. Diese Bewahrung als Ort der Trauer verlangt insbesondere den Verzicht auf Formen der Erinnerung, die in der Außenwirkung als parteipolitische Aktivität verstanden werden können. Insoweit bekräftigt die Kammer ausdrücklich die diesbezüglichen Ausführungen in dem Beschluss der 6. Kammer des Gerichts vom 15. August 2019 (6 E 1238/19 We).

Die Kufiya stellt eine solche dem Stiftungszweck entgegenstehende Form der Erinnerung dar. Das Gericht übersieht nicht, dass die Kufiya ein Symbol des Widerstandes ist und als solche in einen Zusammenhang mit dem durch Ernst Thälmann geübten Widerstand ge-

bracht werden kann. Entscheidend ist aber der konkrete aktuelle Kontext, in den die Verwendung eines Zeichens – hier des Palästinensertuchs – gestellt ist. Hierzu führt die Antragsgegnerin in ihrer Handreichung aus:

In den sich radikalisierenden weltweiten antisemitischen Mobilisierungen nach dem 7. Oktober wurde die Kufiya weiter eng mit dem Streben nach der Vernichtung Israels und der Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden verbunden. Das Tragen der Kufiya kann mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Sympathie mit militanter Israelfeindschaft bedeuten, vor Ort eine gezielte Provokation sein und das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden in der Gedenkstätte negativ beeinflussen. Das Tragen ist daher auf dem Gelände und insbesondere auf den Friedhofs-Arealen unangebracht.

Diese Erwägungen darf die Antragsgegnerin zum Gegenstand ihrer Hausordnung machen. Eine Gefährdung des Sicherheitsgefühls von Jüdinnen und Juden in der Gedenkstätte und die damit verbundene Ausgrenzung ist mit dem Stiftungszweck in keinem Fall zu vereinbaren. Eine solche Ausgrenzungswirkung nimmt die Antragstellerin jedenfalls hin. Sie führt in ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 1. August 2025 selbst ausdrücklich aus, dass sie durch das Tragen der Kufiya „für die Freiheit und das Leben des palästinensischen Volkes“ eintreten möchte. Auch in der Mail der Antragstellerin vom 15. Juli 2025 an die Antragsgegnerin wird deutlich, dass die Antragstellerin mit dem Tragen der Kufiya eine Kritik am Verhalten des Staates Israel in dem aktuellen Konflikt verbindet. Dies stellt eine politische Aktivität dar, die dem Stiftungszweck widerspricht.

3. Entgegenstehende Interessen der Antragstellerin, insbesondere aus Art. 5. Abs. 1 GG, haben kein den Stiftungszweck übersteigendes Gewicht.

Die 6. Kammer des Gerichts hat im Zusammenhang mit dem unbestimmten Rechtsbegriff der „Würde der Opfer“ in § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 VersG (Beschluss vom 15.08.2019, 6 E 1238/19 We) Grenzen der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG aufgezeigt und dabei Folgendes ausgeführt:

Angesichts der sehr großen Zahl der Opfer in Buchenwald und ihrer Vielfalt in Herkunft und Verfolgungsschicksal ergibt sich auch die Notwendigkeit, das jeweils individuelle Gedenken in seiner konkreten Ausgestaltung in Einklang zu bringen mit der Erinnerung an die anderen Opfer und der Respektierung deren mitunter völlig anderen Verfolgungsschicksalen. Dies kann eine Regulierung der Ausgestaltung der Erinnerungsbetätigung notwendig machen und lässt es zu, dass konkrete Anforderungen an diese Ausgestaltung gestellt werden, damit die Erinnerungsbetätigung für ein einzelnes Opfer der Würde der anderen Opfer in ihrer Vielzahl

nicht abträglich ist. Der Würde der Opfer abträglich ist insbesondere eine Art der Erinnerungsbetätigung, in der nicht das Opfer und sein individuelles Schicksal im Mittelpunkt steht, sondern der Gedenkende in der Ausübung seines Gedenkens. In einem solchen Fall werden das Opfer, dem gedacht wird, aber unter Umständen auch die anderen Opfer mit ihrem anderen Verfolgungsschicksal zum Objekt der Selbstdarstellung des Gedenkenden gemacht. Eine solche Instrumentalisierung des vergangenen Leidens ist zu vermeiden. Bezogen auf den oben dargelegten Versammlungsbegriff, der durch die Erzeugung von Eindruck und Wirksamkeit nach außen geprägt ist, bedeutet dies, dass nur eine solche Versammlung der Opferwürde gerecht wird, bei der die Wirksamkeit nach außen auf die Person des Opfers, dessen gedacht wird, bezogen ist und nicht auf die Person des oder der Gedenkenden. Die Gedenkenden haben in der Außenwirkung der Versammlung zurückzutreten hinter die Person des Opfers und dessen Schicksal.

Diese Erwägungen begrenzen auch das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 1 GG. Das Tragen der Kufiya aus Anlass des Gedenkens an Ernst Thälmann instrumentalisiert das Leiden der Opfer in ihrer Gesamtheit um einer tagespolitischen Aussage willen. Dies ist auf dem Gelände der Antragsgegnerin – und nur dort – unzulässig. § 2 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Gesetz über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora mit dem dort geregelten Zweck der Stiftung, die Gedenkstätten als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren, stellt eine Schranke im Sinn des Art 5 Abs. 2 GG dar. Es ist der Antragstellerin zumutbar, auf dem Gelände der Antragsgegnerin auf das Tragen der Kufiya zu verzichten.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf §§ 52 Abs. 2, 53 Abs. 2 Nr. 2 GKG. Aufgrund der hier vorliegenden Vorwegnahme der Hauptsache verzichtet das Gericht auf die im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes übliche Reduzierung des Auffangwerts auf die Hälfte.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diesen Beschluss steht den Beteiligten und den sonst von der Entscheidung Betroffenen die **Beschwerde** an das Thüringer Oberverwaltungsgericht zu.

Die Beschwerde ist bei dem **Verwaltungsgericht Weimar**, Jenaer Straße 2 a, 99425 Weimar, innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung des Beschlusses einzulegen.

Die Beschwerde ist innerhalb **eines Monats** nach Zustellung des Beschlusses zu **begründen**. Die Begründung ist - wenn sie nicht bereits mit der Beschwerdeeinlegung erfolgt - beim Thüringer Oberverwaltungsgericht, Jenaer Straße 2 a, 99425 Weimar, einzureichen.